

An den
Landrat des Landkreises Ansbach
Herrn Dr. Jürgen Ludwig
Crailsheimstr. 1
91522 Ansbach

Resolution: Liberale Praxis bei der Vergabe von Ausbildungs- und Beschäftigungserlaubnissen für Flüchtlinge

Der Kreistag des Landkreises Ansbach fordert die Bayerische Staatsregierung auf eine liberale Praxis bei der Vergabe von Ausbildungs- und Beschäftigungserlaubnissen für Flüchtlinge umzusetzen. Die Schulabsolventen sollen von den bayerischen Ausländerbehörden in diesem Sinne gut betreut und alle Möglichkeiten genutzt werden, eine Ausbildungs- bzw. Beschäftigungserlaubnis zu erteilen.

Begründung:

An den staatlichen Berufsschulen in Ansbach, Dinkelsbühl und Rothenburg, für die der Landkreis Ansbach der Sachaufwandsträger ist, bestehen derzeit 14 Berufsintegrationsvorklassen und Berufsintegrationsklassen. Im Juli 2018 werden ca. 110 Schülerinnen und Schüler das Schuljahr in einer Berufsintegrationsklasse beenden. Viele von ihnen werden jedoch nach den zwei Schuljahren keine Ausbildungserlaubnis vom Ausländeramt erhalten und sie werden auf ein teilweises jahrelanges Wartegleis geschoben. Den abgelehnten Antragstellern wird entweder keine „gute Bleibeperspektive“ attestiert oder es fehlt ein behördliches Dokument, um die Identität restlos zu klären. Diese Situation ist beispielhaft für viele Landkreise in Bayern. Die Behörden vor Ort kennen die jeweiligen Einzelfälle am besten. Sie haben auch einen großen Ermessensspielraum. Diesen gilt es zukünftig verstärkter zu nutzen, denn die Nachfrage nach Auszubildenden ist in unserer Region sehr groß. Bund, Land und der Landkreis Ansbach investieren umfassende Mittel für die schulische Bildung, in Deutsch – und Integrationskurse. Mit der sogenannten Ausbildungsduldung und dem Paragraphen 60a Aufenthaltsgesetz ist ein Instrument geschaffen worden, dass der Forderung der Wirtschaftsverbände nach einer „3+2“ Regelung Rechnung trägt und unseren Betrieben bei der Suche nach Azubis enorm hilft. Schließlich würde es auch die Integration und das Zusammenleben stark verbessern. Die Jugendlichen wären viel stärker motiviert, sich zu integrieren. Sie wären sinnvoll beschäftigt. Und wenn sie dann schließlich doch in ihr Heimatland zurückkehren müssten, hätten sie mit einer deutschen Ausbildung die besten Startbedingungen, könnten zum Aufbau ihrer Länder beitragen und somit wieder Fluchtursachen bekämpfen. Unsere investierten Gelder wären dann sehr sinnvoll genutzt.

Martin Stümpfig